59. Jahrgang No. 14

Berliner Volks-Zeitung

Abend-Ausgabe
Montag, 9. Januar 1911

Eine Demonstration in Metz.

Die übereifrige Polizei.

Ueber einen bemerkenswerten Vorfall, der sich gestern in Metz ereignete, wird uns telegraphisch von dort berichtet:

Metz, 9. Januar. (Telegramm.)

Die Sportvereinigung Lorraine sportive hatte für gestern nachmittag ein Konzert angesagt, das von der Polizei nicht genehmigt wurde. Trotzdem versuchten die Teilnehmer, das Konzert zustande zu bringen, worauf die Polizei zur Auflösung schritt. Darauf scharte sich die inzwischen angewachsene Menge zu einem Zuge zusammen und zog unter Rufen: „Vive la Lorraine" und unter dem Gesang des Sambre et Meusemarsches und des Marche Lorraine durch mehrere Straßen zum Marschall Ney-Denkmal, wo unter großem Beifall eine Rede gehalten und Rufe: „Vive la France" ausgestoßen wurden. Diese Rufe wiederholten sich später mehrfach, ebenso wurde die Marseillaise gesungen. Als schließlich die Schutzmannschaft die auf mehr als 1000 Personen angewachsene Menge zu zerstreuen suchte, nahm diese eine drohende Haltung an. Nunmehr wurde die Hauptwache alarmiert, die mit aufgepflanztem Seitengewehr ausrückte und die umliegenden Straßen sperrte. Die Straßenkundgebung währte bis 11 Uhr abends. Acht Verhaftungen wurden vorgenommen; acht Personen wurden verletzt.

Ein weiteres Telegramm aus Metz berichtet uns:

Metz, 9. Januar. (Telegramm.)

Die Polizei hatte die Erlaubnis zur Abhaltung des Konzerts verweigert, wei les sich um eine öffentliche Veranstaltung handele und eine Nummer des Programms beanstandet wurde. Der Wirt des Terminushotels, in dem das Konzert stattfinden sollte, verweigerte die Hergabe des Saales. Darauf stürmten die Vereinsmitglieder den Saal und hielten die Aufführung ab. Ein anwesender Polizeiinspektor, der den Vorsitzenden auf die Strafbarkeit dieser Handlungsweise aufmerksam machte, wurde mit höhnischen Worten abgewiesen. Der Polizeikommissar forderte die Versammlung auf auseinanderzugehen und ließ den Saal räumen. Auf der Straße spielten sich dann die Kundgebungen ab. Von den Verhaftungen wurden nur zwei aufrechterhalten.

An der ganzen Affäre scheint einzig und allein der Uebereifer der Metzer Polizei die Schuld zu tragen. Die Welt wäre sicherlich nicht untergegangen, wenn die Polizei das Konzert der sportlichen Vereinigung genehmigt hätte.

Der Kampf um den reichsländischen Verfassungsentwurf.

Gegen den Verfassungsentwurf für Elsaß-Lothringen veranstaltete die Sozialdemokratie gestern nachmittag in allen größeren Städten des Landes Protestversammlungen. Die Versammlungen erfreuten sich allgemein eines guten Besuches. Einstimmig wurde überall eine außerordentlich scharfe Resolution angenommen, die den Entwurf als „reaktionäres Machwerk" bezeichnet, das lediglich die politische und wirtschaftliche Entwickelung Elsaß-Lothringens „unterbinden" wolle. Die Resolution schließt mit einem Appell an den Reichstag, die Elsaß-Lothringer nach vierzigjährigem Hörigkeitsverhältnis „vor der völligen Verpreußung" zu bewahren und ihnen endlich zu ihrem Rechte zu verhelfen. Nach den Versammlungen wurden Demonstrationszüge veranstaltet, zu denen die Polizei die Erlaubnis erteilt hatte. Sogar die den einheimischen Vereinen verbotenen Clairons fehlten nicht, auch die Arbeitermarseillaise durfte gesungen werden.

Die Demonstrationen verliefen überall ohne nennenswerten Zwischenfall.

Ueber den Verlauf der Demonstration in Mülhausen wird uns von dort noch berichtet: Sehr entgegenkommend hatte sich der hiesige Kreisdirektor, Polizeipräsident Dieckmann, gezeigt, der auf Ansuchen des Reichstagsabgeordneten Emmel fast alle Wünsche des Organisationskomitees für den Umzug erfüllt hatte. Nach Schluß der öffentlichen Volksversammlung in der neuen Markthalle, in der die Verfassungsvorlage der Regierung in Grund und Boden kritisiert worden war, bewegte sich der lange Zug durch die Belforter, Straßburger, Kolmarer, Zeughaus-, Lange, Unnö-Fabrik- und Dornacher Straße, wo sich der Zug an der Ueberdeckungsstrecke auflöste. In der Erlaubnis des Polizeipräsidenten hieß es: „Gemäß § 2 der Ortspolizeiverordnung vom 1. Dezember 1886 genehmige ich, daß an der Spitze des Zuges Trommler und Pfeifer spielen, daß in der Mitte des Zuges die Arbeitermusik abwechselnd den Sozialistenmarsch und den Andreas-Hofer-Marsch spielt, und daß Arbeitergesangvereine die „Internationale" und den „Weckruf" singen." — Genau nach dieser polizeilichen Genehmigung spielte sich die ganze Sache ab. Das Publikum betrachtete den Zug mit großer Neugierde, teilweise mit sehr wohlwollendem Interesse, was bei der politischen Ueberzeugung der hiesigen Bevölkerungskreise zu erwarten war.

Als es bekannt wurde, daß die Polizeiverwaltung von Mülhausen den Zug gestattet hatte, bekamen die hiesigen reaktionären Blätter, an der Spitze natürlich das biedere Organ des Bundes der Landwirte, Wutanfälle. Diese werden sich zum Paroxysmus steigern, nachdem alles ohne Zwischenfall verlaufen ist, weil — die Polizei sich ruhig verhielt. In Preußen wäre sie natürlich „schneidig" vorgegangen und es hätte blutige Köpfe und einen Landfriedensbruch gegeben.

Der Kronprinz in Indien. Wie aus Bahore telegraphisch berichtet wird, ist der deutsche Kronprinz gestern dort eingetroffen. Er unternahm dort mit dem gesamten Gefolge auf Elefanten einen Ritt durch die Eingeborenenstadt und besichtigte das Fort und andere Sehenswürdigkeiten.

Die deutsche Kronprinzessin ist gestern in Luxor (Oberägypten) angekommen.

Becker in Karlsruhe. Ueber die politische und wirtschaftliche Lage in Ostelbien sprach gestern vormittag in einer großen von der Volkspartei einberufenen mehrstündigen Versammlung im Kolosseumssaal zu Karlsruhe Herr Becker-Bartmannshagen, das Opfer des Greifswalder Landratsprozesses. Herr Becker behandelte in sehr ruhiger und klarer Rede die Verhältnisse der agrarischen und politischen Mißwirtschaft im deutschen Osten, die durch das sachliche Schwergewicht in der Auseinanderlegung zahlenmäßiger Tatsachen tiefen Eindruck machte. An der Diskussion beteiligten sich noch der Stadtverordnete Dr. Ludwig Haß-Karlsruhe sowie der sozialdemokratische Abgeordnete Kolb.

Kurze Chronik.

* Gegen den Verfassungsentwurf für Elsaß-Lothringen fanden gestern in Straßburg und Mülhausen sozialdemokratische, von der Polizei gestattete Demonstrationszüge statt, die bei der Zurückhaltung der Polizei in vollster Ruhe verliefen.

Im belgischen Bergarbeiterstreik ist für Herve und die benachbarten Bezirke gleichfalls der Ausstand beschlossen worden.

Die dem Fürstentum Monaco verliehene Verfassung ist gestern in Kraft gesetzt und feierlich verkündet worden.

Der türkische Korvettenkapitän Salaheddin ist zum Marineattaché in Berlin ernannt worden.

In Toulon und Umgegend streiken 11 000 Schulkinder, Knaben und Mädchen, wegen der mangelhaften Heizung der Schulräume.

* Bei den letzten Kämpfen der türkischen Truppen mit den Aufständischen im Yemen hatten diese 288 Tote. Die Türken hatten 45 Tote und 80 Verwundete.

* Näheres im Text des Blattes.

Generaldirektor Ballin am Blinddarm operiert.

(Telegraphischer Bericht.)

Hamburg, 9. Januar.

Die Hamburg-Amerika-Linie teilt mit, daß **Generaldirektor Ballin**, der schon mehrfach an Blinddarmreizungen gelitten hat, während seiner letzten Erholungsreise an einem ernsteren Anfall von Blinddarmentzündung erkrankt ist. Gestern wurde er vom Hofrat Dr. Sick **mit bestem Erfolge operiert.** Bei dem guten, durch seinen Aufenthalt im Süden gekräftigten Allgemeinbefinden steht nach Ansicht der Aerzte zu erwarten, daß der Heilungsprozeß einen normalen Verlauf nehmen wird, das Befinden des Generaldirektors Ballin ist heute durchaus befriedigend.

Das neue österreichische Kabinett.

(Telegraphischer Bericht.)

Wien, 9. Januar.

Wie das „k. k. telegr. Korr. Bur." erfährt, hat der Kaiser die von Dr. Freiherrn v. Bienerth in der gestrigen Privataudienz erstatteten Vorschläge über die Bildung des neuen Kabinetts genehmigt. Danach wird das neue Ministerium in folgender Weise zusammengesetzt sein: Ministerpräsident Dr. Freiherr v. Bienerth, Minister des Innern der bisherige Sektionschef im Ministerium der öffentlichen Arbeiten Dr. Graf Wickenburg, Minister für Kultus und Unterricht Graf Stürgkh, Justizminister Dr. Ritter v. Hochenburger, Finanzminister der bisherige Präsident der Statistischen Zentralkommission Dr. Robert Meyer, Handelsminister Geheimer Rat Dr. Weißkirchner, Minister der öffentlichen Arbeiten der bisherige Sektionschef im Eisenbahnministerium Karl Merck, Eisenbahnminister Reichsrats- und Landtagsabgeordneter Universitätsprofessor Dr. Glabinski, Ackerbauminister der bisherige Hofrat bei der Landesregierung in Troppau Freiherr v. Widmann, Minister für Landesverteidigung Geheimer Rat Feldmarschalleutnant Friedrich v. Georgi, Minister ohne Portefeuille der bisherige Sektionschef im Ackerbauministerium Ritter v. Salesski.

Fürst Bülows Silberhochzeit. Aus Anlaß der heutigen Feier ihrer silbernen Hochzeit empfingen Fürst und Fürstin Bülow gestern in der Villa Malta zahlreiche namhafte Persönlichkeiten aus politischen und diplomatischen Kreisen, die dem fürstlichen Paar ihre Glückwünsche darbrachten. Der Fürst und die Fürstin haben aus Deutschland, namentlich aus Berlin, sowie aus dem Auslande viele Glückwunschdepeschen erhalten, darunter eine große Anzahl von politischen Persönlichkeiten. Der „Corriere d'Italia" bringt dem Fürsten, dem „oft bewährten Freunde Italiens", dessen hohe Eigenschaften als Staatsmann in der politischen, parlamentarischen und diplomatischen Welt Italiens sowie Sympathie und Bewunderung gefunden haben, die ehrerbietigsten Glückwünsche dar. Auch „Popolo Romano" spricht dem Fürsten und der Fürstin, „den hochgeschätzten Gästen Roms", die herzlichsten Glückwünsche aus.

Die Wertschätzung Bülows als des früheren vierten Reichskanzlers ist mit jedem Tage der Reichskanzlerschaft Bethmanns gestiegen. Darum werden ihm auch viele von denen zur silbernen Hochzeit gratulieren, die Bülows Politik aus inneren Gründen bekämpft haben.

Ein nationalliberaler Arbeiterkandidat. Eine gestern in Göttingen abgehaltene Vertrauensmännerversammlung der nationalliberalen Partei hat einstimmig beschlossen, den Schlosser an der Bahn Gustav Ickler als Reichstagskandidaten aufzustellen. Ickler ist Vorsitzender des Kartells deutscher Reichs- und Staatsarbeiterverbände, das seinen Sitz in Berlin hat, und Vorsitzender des Ortsvereins Göttingen der deutschen Eisenbahnhandwerker und -arbeiter. Man hofft, daß Ickler, das man zum linken Flügel der Nationalliberalen zählt, auch der Fortschrittlichen Volkspartei genehm sein wird. (!!)

Eine Vertrauensmännerversammlung der Zentrumspartei hat beschlossen, einen von den Welfen vorzuschlagenden Kandidaten zu akzeptieren, sofern er sich verpflichtet, bei seiner Wahl in den Reichstag sich dem Zentrum als Hospitant anzuschließen.

Die Moabiter Straßenexzesse vor dem Schwurgericht.

Im großen Schwurgerichtssaale, wo bisher der noch nicht beendete Prozeß gegen die 34 Teilnehmer an den Unruhen verhandelt wurde, begann heute die Verhandlung gegen die 18 Personen, die die Rolle der Rädelsführer gespielt haben sollen, oder beschuldigt sind, Gewalttätigkeiten gegen Personen begangen oder Sachen gepfändert, vernichtet oder zerstört zu haben.

Angeklagt sind: 1. Arbeiter Jakob Trau; 2. Arbeiter Max Janke; 3. Arbeiter Franz Joska; 4. Maschinist Georg Pfitzner; 5. Arbeiter Ignaz Orlowski; 6. Stanislaus Borowiak; 7. Arbeiter Michael Butsch; 8. Arbeiter Karl Bruhn; 9. Arbeiter Hans Rode; 10. Arbeiter Richard Albrecht; 11. Arbeiter Otto Marquardt; 12. Arbeiter Richard Minor; 13. Anstreicher Alfred Scharfenberg; 14. Arbeiter Casimir Adamski; 15. dessen Bruder Jakob Adamski; 16. Arbeiter Friedrich Bonnet; 17. Arbeiter Johann Schadowski; 18. Arbeiter Nepomuk Cieslick.

Den Vorsitz führt Landgerichtsdirektor Unger, die Anklage wird vom Oberstaatsanwalt Preuß, Staatsanwaltschaftsrat Porzelt und Staatsanwalt Dr. Stelzner vertreten. Zwei Ersatzrichter nehmen an der Verhandlung teil.

Die Verteidigung führen: Justizrat Leonh. Friedmann und die Rechtsanwälte Dr. Heinemann, Heine, Dr. Kurt Rosenfeld, Dr. Karl Liebknecht, Dr. Herz und Dr. Max Jacobi. Die beiden letztgenannten sind Offizialverteidiger.

Auf den Gerichtstische liegen wieder zahlreiche Ueberführungsstücke in Gestalt von Helmen, Schutzmannsäbeln, Steinen und anderes mehr.

Der Vorsitzende erklärt, daß er wegen der langen Dauer der Verhandlung vier Ersatzgeschworene auslosen werde. Er verliest die Bestimmungen, die sich auf die etwaige Unfähigkeit zum Amte eines Geschworenen beziehen und fragt besonders, ob einer der anwesenden Geschworenen durch die Moabiter Exzesse Schaden erlitten habe oder ob dies vielleicht bei einem Verwandten der Fall sei. Da sich niemand meldet, wird zur Auslosung der Geschworenen geschritten.

Die Geschworenenbank

wird aus folgenden Herren gebildet: 1. Möbelhändler Otto Scherpenstein; 2. Apothekenbesitzer Willi Riesemann; 3. Dachdeckermeister Ernst Unterfänger; 4. Dachdeckermeister Karl Hausmann; 5. Möbelfabrikant Artur Beckmann; 6. Lampenfabrikant Otto Wiesner; 7. Fabrikbesitzer Paul Hildebrandt; 8. Chemiker Dr. Alexander Grohmann; 9. Ingenieur Viktor Spiegel; 10. Fabrikant Wilhelm Berger; 11. Fabrikant Richard Günther; 12. Chemiker Dr. Franz Szymanski. Ersatzgeschworene sind: Bauunternehmer Heinrich Hecht, Fabrikant Wilhelm Heidenheim, Institutsdirektor Dr. Oskar Goetz und Fabrikant Heinrich Reisner.

Der Vorsitzende teilt mit, daß er beabsichtige, die Sitzungen um 10 Uhr vormittags beginnen zu lassen und etwa gegen 3½ Uhr zu schließen. Wie lange die Verhandlung dauern werde, sei nicht zu übersehen; er hoffe, in etwa drei Wochen fertig zu werden, doch sei dies nur eine leise Hoffnung.

Von den Angeklagten, die sämtlich in Untersuchungshaft sitzen, sind einige vorbestraft. Der Angeklagte Trau ist in Oesterreich geboren und heute noch österreichischer Staatsangehöriger.

Nach Verlesung der Eröffnungsbeschlüsse werden

die Angeklagten

zunächst über ihre persönlichen Verhältnisse befragt. Der Angeklagte Trau bekennt sich auf Befragen des Aufsehers nichtschuldig. Er ist Analphabet, hat in Oesterreich überhaupt keine Schule besucht, und befindet sich seit 18 bis 19 Jahren in Deutschland. Er hat mit einem Mädchen zusammengelebt und mit dieser zwei Kinder erzeugt; nach seiner Behauptung hat er das Mädchen jetzt heiraten wollen und schon Sachen angeschafft, doch ist dieser Plan durch seine Verhaftung durchkreuzt worden. Er hat seit vier Wochen vor Ostern bei Kupfer u. Co. gearbeitet und 4,30 Mark pro Tag verdient, sich dann dem Streik angeschlossen und war zum Streikposten bestimmt worden. Als solcher stand er in der Sickingenstraße, und als ein Kohlenwagen mit zwei Arbeitswilligen unter Begleitung von Schutzleuten vorbei kam, nahm er, wie er behauptet, einen Pflasterstein auf, um damit den Vorsteher des Wagens herauszuschlagen, damit der Wagen nicht weiter fahren könne. Er ist dabei abgefaßt und verhaftet worden. Auf der Polizei sind zwei Steine in seiner Tasche vorgefunden worden; wo der zweite Stein hergekommen, weiß er nicht wissen, meint aber, daß ihm dieser ein anderer in die Tasche gesteckt haben müsse. Er bestreitet, sich bei seiner Abführung zur Wache widersetzt oder die Schutzleute geschlagen zu haben, und behauptet, daß er nicht schuld daran sei, daß ein Schutzmann, der ihn fesselte, hingefallen sei. — Vors.: Warum haben Sie denn gestreikt? Sie waren doch mit Ihrem Lohn ganz zufrieden? — Angekl.: Wenn die anderen streiken, muß ich doch mitstreiken. — Vors.: Warum denn? — Angekl.: Na, allein kann ich doch nicht arbeiten. — Vors.: Sie haben doch Streikpostendienst geleistet und wollten also doch verhindern, daß andere arbeiten konnten? Früher haben Sie gesagt, sie hätten Angst gehabt, daß Ihnen etwas passieren könnte, wenn Sie nicht mitstreiken. — Angekl.: Na ja, das ist ja richtig. — Der Angeklagte bleibt dabei, daß er betrunken gewesen sei, und wenn er ein paar Schnäpse getrunken habe, nicht mehr recht wisse, was er tue.

Der zweite Angeklagte Janke, ein verheirateter Mann, der seit zwölf Jahren in Berlin ist, hat als Kohlenarbeiter bei Kupfer u. Co. den Streik mitgemacht. Auf Befragen des Vorsitzenden bekundet er, daß auch er 4,30 Mark täglich verdient habe. — Vors.: Sie haben keine Kinder; konnten Sie denn mit diesem Lohn, wo Ihre Frau, wie Sie bekundet haben, auch noch verdiente, nicht auskommen? — Angekl.: Sehr schwer, denn die Mieten sind hier hoch und die Lebensmittel sehr teuer. — Auf weiteres Befragen erklärt der Angeklagte, daß er Streikunterstützung erhalten habe. Am 23. September sei er auch der Sickingenstraße gegangen, um zu sehen, wie es da aussieht. Die Straße sei voll Menschen gewesen, und man habe mit Steinen geworfen. Es sei nicht wahr, daß auch er mit einem Stein geworfen; allerdings habe er die Hand hochgehoben, doch sei dies nur geschehen, um sich selbst vor einem Steinwurf zu schützen.

Der Angeklagte Borowiak, in der Provinz Posen geboren, ist gleichfalls verheiratet und Vater von drei Kindern. Auch er hat sich als Kohlenarbeiter dem Streik angeschlossen. Er meint, daß, wenn er dies nicht getan hätte, er draußen vor den Streikenden nicht sicher gewesen wäre. Als er in den Streik trat, sei seine Frau und ein Kind krank gewesen. Als es ihn zu Hause zu langweilig geworden, sei er am 23. September auf die Straße gegangen. In der Sickingen-